

Selbst die New York Times befürchtet, dass Trump mit der offiziellen Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels eine Zweistaaten-Lösung mit einem souveränen Staat Palästina unmöglich gemacht hat.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 197/17 – 18.12.17

## Hat Trump die Zweistaaten-Lösung unmöglich gemacht? Er sagt nein, die Palästinenser sagen ja

Von Mark Landler, David M. Halbfinger und Isabel Kershner

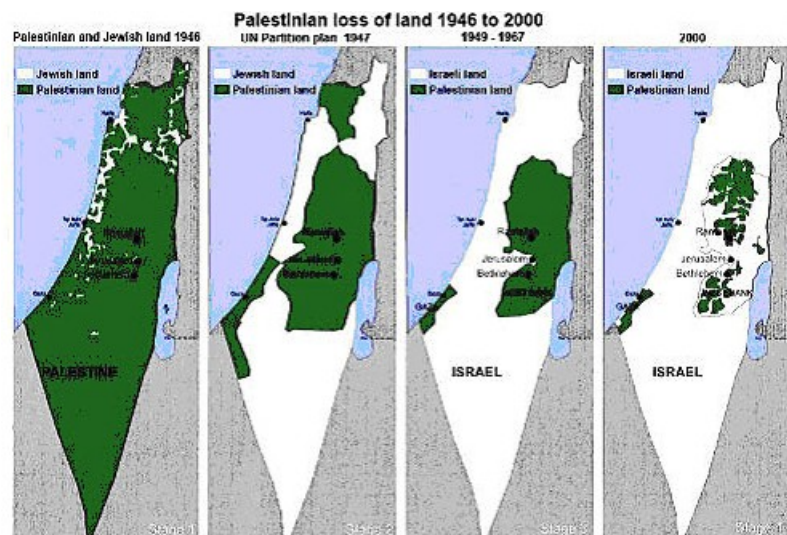
The New York Times, 07.12.17

( <https://www.nytimes.com/2017/12/07/us/politics/trump-jerusalem-palestinians.html> )

WASHINGTON – Am Mittwoch hat Trump Jerusalem offiziell als Hauptstadt des Staates Israel anerkannt und gleichzeitig erklärt, dass die USA im Konflikt zwischen den Israelis und den Palästinensern nach wie vor eine Zweistaaten-Lösung anstreben, wenn "sie von beiden Seiten akzeptiert" wird.

Zum ersten Mal in seiner 26-jährigen Tätigkeit als Friedensstifter hat der Chefunterhändler der Palästinenser seine Zustimmung verweigert (eine Zweistaaten-Lösung auf dieser Basis also abgelehnt).

Saeb Erekat (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Saeb\\_Erekat](https://de.wikipedia.org/wiki/Saeb_Erekat) ), der Generalsekretär der Palästinensischen Befreiungsorganisation / PLO (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische\\_Befreiungsorganisation](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Befreiungsorganisation) ), der bisher ein überzeugter Verfechter eines selbständigen palästinensischen Staates war, sagte am Donnerstag in einem Interview, Herr Trump und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hätten es "geschafft, diese Hoffnung zu zerbrechen". **Die PLO fordere jetzt einen einheitlichen gemeinsamen Staat, mit gleichen Rechten für Palästinenser und Israelis – einschließlich eines gleichen Wahlrechts.**



Diese Grafik wurde 2011 noch in Wikipedia angeboten.

"Sie haben uns keine Wahl gelassen," fügte er hinzu. "Das ist die (neue) Realität. Wir leben hier, und unser Kampf wird sich jetzt nur noch auf die Durchsetzung gleicher Rechte konzentrieren."

Erekats Sinnesänderung wird sich kaum auf die Politik der Palästinenser auswirken. Der Traum von einem autonomen palästinensischen Staate ist so tief in einer ganzen Generation von palästinensischen Führungspersonlichkeiten verwurzelt, dass sie ihn niemals aufgeben werden. Israel würde einer vollen Gleichberechtigung der Palästinenser auch niemals zustimmen, weil der bisher jüdische Staat vermutlich unterginge, wenn Millionen Palästinenser das gleiche Wahlrecht bekämen.

Die Tatsache, dass Erekat offen über seine veränderte Position spricht, ist ein Beleg dafür, dass Trump mit der Anerkennung Jerusalems (als Hauptstadt Israels) den ganzen Mittleren Osten in Aufruhr versetzt hat. Bei Protesten im Westjordanland, die weniger heftig als erwartet ausfielen, wurden bisher nur einige Dutzend Menschen verletzt, aus der Äußerung Erekat's geht aber hervor, wie verzweifelt vor allem die älteren Palästinenser sind.

US-Regierungsvertreter weisen die Behauptung, Trump habe mit seiner Ankündigung die Zweistaaten-Lösung unmöglich gemacht, empört zurück. Er habe damit nur erreichen wollen, dass sich beide Seiten wieder zusammensetzen, um einen "ultimativen Deal" auszuhandeln, und dabei vermieden, sich auf ein geteiltes oder vereintes Jerusalem festzulegen. Außerdem solle der bezüglich der Verwaltung der jüdischen und muslimischen Heiligen Städten in Jerusalem bestehende Zustand erhalten bleiben.

"Wir wollen eine Vereinbarung, mit der die Israelis und die Palästinenser zufrieden sind," betonte Trump.

**Dafür, dass Trump tatsächlich glaubt, damit neue Verhandlungen in Gang setzen zu können, gibt es auch noch andere Anzeichen. Am gleichen Tag, an dem er großspurig die Jerusalem-Deklaration unterzeichnet hat, unterschrieb er noch ein anderes Dokument, aus dem hervorgeht, dass der Umzug der US-Botschaft (aus Tel Aviv) nach Jerusalem frühestens in 6 Monaten, möglicherweise aber noch später erfolgt.**

Mitarbeiter des Weißen Hauses ließen wissen, der Aufschub sei aus praktischen und logistischen Gründen und nicht aus politischer Rücksichtnahme (auf die Palästinenser) erfolgt. Wie das US-Außenministerium mitteilte, schreibt ein Gesetz aus dem Jahr 1995 vor, dass der US-Präsident per Unterschrift alle 6 Monate den Verbleib der US-Botschaft in Tel Aviv für weitere 6 Monate genehmigen muss.

Mit diesem Vorgehen wollte die US-Regierung ihre neue Nahost-Politik demonstrieren, aber gleichzeitig Zeit für weitere Entscheidungen gewinnen: Mit der Bekanntgabe des neuen Standortes hätte sie sich gleichzeitig festlegen müssen, ob Jerusalem geografisch getrennt bleiben oder vereinigt werden soll.

"Mit dem Aufschub des Umzuges konnte auch die Lösung dieses (keineswegs nur) geographischen Problems aufgeschoben werden," sagte Martin S. Indyk (s. dazu auch [https://en.wikipedia.org/wiki/Martin\\_Indyk](https://en.wikipedia.org/wiki/Martin_Indyk) ), ein ehemaliger US-Botschafter in Israel. "Damit wollte man die Möglichkeit zur Fortsetzung des Friedensprozesses erhalten."

**Nach Meinung von Rechtsexperten hätte das Gesetz aus dem Jahr 1995 die Trump-Regierung nicht daran hindern können, ein neues Schild an dem bereits bestehenden US-Konsulat in Jerusalem anzubringen und es in US-Botschaft umzubenennen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hätten die USA in den Hauptstädten der unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken genau das getan.**

"Ich wäre überrascht, wenn das US-Außenministerium der Meinung wäre, die Botschaft könne erst nach der Errichtung eines neuen Botschaftsgebäudes nach Jerusalem umziehen," sagte Scott R. Anderson (s. <https://www.brookings.edu/david-m-rubenstein-fellowship-program/> ), der am Institut David M. Rubenstein der Brookings Institution (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Brookings\\_Institution](https://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution) ) arbeitet

**"Das Statut schreibt nur vor, dass der US-Außenminister dem Kongress mitteilt, die US-Botschaft in Jerusalem sei offiziell eröffnet worden," fügte er hinzu.**

**Andere ehemalige Nahost-Diplomaten meinten, der Aufschub könne das symbolische Gewicht des durch Trump verkündeten Umzugs der US-Botschaft nach Jerusalem nicht mindern.**

"Die Trump-Regierung hat versucht, besonders schlau zu sein," erklärte Daniel C. Kurtzer, (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Daniel\\_C.\\_Kurtzer](https://en.wikipedia.org/wiki/Daniel_C._Kurtzer) ) der jetzt Professor in Princeton ist und früher US-Botschafter in Israel und Ägypten war. "Wenn sie glauben, sie hätten ihr durchsichtiges Doppelspiel damit glaubwürdiger machen können, haben sie sich getäuscht."

Einige langjährige Nahost-Beobachter, sehen in der von Erekat geforderten Einstaaten-Lösung jedoch nur einen einmaligen Wutausbruch, der die bisherige Position der Palästinenser nicht grundlegend verändern werde. Da Israel die volle Gleichberechtigten auf jeden Fall ablehnen dürfte, halten US-amerikanische und israelische Befürworter einer Zweistaaten-Lösung diese immer noch für die einzige realistische Option.

"Ich möchte die Gefühle der Palästinenser nicht verletzen," sagte David Makovsky (s. dazu auch <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/imagining-the-border-options-for-resolving-the-israeli-palestinian-territor> , ein führender Mitarbeiter am Washington Institut for Near East Policy (s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Washington\\_Institute\\_for\\_Near\\_East\\_Policy](https://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Institute_for_Near_East_Policy) ). "Aber sie scheinen den zweiten Aspekt in Trumps Botschaft überhört zu haben."

Trump habe doch auch gesagt, damit sei die Tür für Verhandlungen über endgültige Grenzen und einen souveränen (palästinensischen) Staat noch nicht verschlossen, und beide Parteien müssten gehört werden. Und weil das genaue Datum des Umzuges offen bleibe, könnten die Palästinenser doch an den Verhandlungstisch zurückkehren, wenn sie sich wieder beruhigt hätten.

"Jetzt ist ihre Wut noch so groß, dass sie das wahrscheinlich nicht hören wollten," sagte Makovsky. "Warum sollten sie nicht versuchen, herauszubekommen, was Trumps künftige Planungen vorsehen? Die Palästinenser halten ihn wohl für eine Planierdrause und für brutal genug, dass er nach dem Geschenk, das er Israel am Mittwoch gemacht hat, an einem Donnerstag auch noch eine Überraschung für sie bereithält."

In seinem Interview hat Erekat angedeutet, nach Trumps Jerusalem-Entscheidung müsse auch damit gerechnet werden, dass die US-Regierung die PLO-Vertretung in Washington schließen und die Zahlungen an die Palästinenser kürzen werde.

"Trump und die Leute in seiner Regierung sind noch schlimmer als die Israelis," ergänzte er.

**Erekat kündigte an, er werde dem Palästinensischen Nationalrat, dem Parlament der PLO (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensischer\\_Nationalrat](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensischer_Nationalrat) ), einen Strategiewechsel empfehlen. Auch Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische\\_Autonomiebeh%C3%B6rde](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiebeh%C3%B6rde) ), hatte in seiner im September vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gehalten Rede schon Ähnliches angedeutet.**

Auch wenn Erekat es gelänge, Abbas davon zu überzeugen, dass der Traum von zwei Staaten aufgegeben werden muss, wird es vielen Palästinensern schwer fallen sich mit der ständigen Verkleinerung ihres Territoriums seit dem Arabisch-Israelischen Krieg 1967 (dem Sechstagekrieg, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sechstagekrieg> ) abzufinden.

"Auch wenn es schwer vorstellbar ist, werden die Palästinenser ihre Vorstellungen von einem eigenen autonomen Staat aufgeben müssen," erklärte Daniel Levy (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Daniel\\_Levy\\_\(political\\_analyst\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Daniel_Levy_(political_analyst)) ), der Präsident des in London ansässigen U.S./Middle East Project (s. <http://www.usmep.us/> ). "Sie werden einsehen müssen, dass die Palästinensischen Autonomiegebiete (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische\\_Autonomiegebiete](https://de.wikipedia.org/wiki/Pal%C3%A4stinensische_Autonomiegebiete) ) kein Staat sind."

**Levy glaubt, dass sich der Friedensprozess und die Palästinenser in einer "Übergangsperiode" befinden, weil die geforderte Zweistaaten-Lösung nicht durchzusetzen war. Er stellte abschließend fest: "Die Verhaltensweisen von Menschen können sich aber ändern."**

*Mark Landler hat aus Washington, David M. Halbfinger und Isabel Kershner haben aus Jerusalem berichtet.*

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Unter den nachfolgenden Links sind frühere LUFTPOST-Ausgaben zum gleichen Problem aufzurufen:

[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP02011\\_310111.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02011_310111.pdf)  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP02611\\_080211.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP02611_080211.pdf)  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP16711\\_021011.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP16711_021011.pdf)  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP09014\\_020614.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09014_020614.pdf)  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP09114\\_060614.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09114_060614.pdf)  
[http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP10914\\_250714.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10914_250714.pdf)

Anschließend drucken wir den Originaltext ab.

---

## The New York Times

### **Did Trump Kill Off a Two-State Solution? He Says No, Palestinians Say Yes**

By MARK LANDLER, DAVID M. HALBFINGER and ISABEL KERSHNER  
DEC. 7, 2017

WASHINGTON — President Trump, in formally recognizing Jerusalem as the capital of Israel on Wednesday, declared that the United States still supported a two-state solution to settle the conflict between the Israelis and Palestinians, provided it was "agreed to by both sides."

For the first time in his 26 years as a peacemaker, the chief negotiator for the Palestinians did not agree.

Saeb Erekat, the secretary general of the Palestine Liberation Organization and a steadfast advocate for a Palestinian state, said in an interview on Thursday that Mr. Trump and Prime Minister Benjamin Netanyahu of Israel "have managed to destroy that hope." He embraced a radical shift in the P.L.O.'s goals — to a single state, but with Palestinians enjoying the same civil rights as Israelis, including the vote.

"They've left us with no option," he said. "This is the reality. We live here. Our struggle should focus on one thing: equal rights."

Mr. Erekat's change of heart is unlikely to change Palestinian policy. The dream of a Palestinian state is too deeply ingrained in a generation of its leaders for the Palestinian Authority to abandon it now. Israel would be unlikely to accede to equal rights, because granting a vote to millions of Palestinians would eventually lead to the end of Israel as a Jewish state.

But the fact that Mr. Erekat is speaking openly about it attests to the turmoil caused in the Middle East by Mr. Trump's recognition of Jerusalem. More so than the protests that erupted in the West Bank, which injured dozens of people but were less intense than expected, the comments of senior Palestinians like Mr. Erekat captured the profound sense of despair.

Administration officials strenuously reject the argument that Mr. Trump has foreclosed a two-state solution. He recommitted himself to brokering what he has called the "ultimate deal" between the two sides, they said. He studiously avoided taking a position on the eventual borders or sovereignty of Jerusalem. And he called for status quo in the administration of the Jewish and Muslim holy sites in the Old City of Jerusalem.

"We want an agreement that is a great deal for the Israelis and a great deal for the Palestinians," Mr. Trump said.

Beyond the president's words, there were other signs he is serious about his intentions. On the same day that he signed his name with a John Hancock-like flourish to a proclamation recognizing Jerusalem as the capital, he quietly signed another document that will delay the move of the American Embassy to the city for at least six months — and probably much longer.

White House officials insist that Mr. Trump's decision was driven by practical and logistical, not political, considerations. The State Department, they said, cannot open a functioning embassy in Jerusalem on the timetable stipulated under a 1995 law that requires the president to sign a national-security waiver every six months to keep the embassy in Tel Aviv.

But putting off the move avoids a tangible symbol of America's new policy and spares the White House a series of decisions — like where in the city to place the embassy — that would begin to define the geography of Mr. Trump's deliberately general statement about Jerusalem.

"Avoiding a move of the embassy is a way of avoiding geographic definition," said Martin S. Indyk, a former American ambassador to Israel. "Avoiding any geographic definition of their recognition of Jerusalem looks like their effort to keep the peace process alive."

Legal experts said there was nothing in the 1995 law that would prevent the Trump administration from simply hanging a sign outside the existing American consulate in Jerusalem and calling it the embassy. After the fall of the Soviet Union, the United States hastily set up embassies in temporary quarters in the capitals of newly independent republics.

"I would be surprised if the State Department interpreted the Jerusalem Embassy Act as requiring it to break ground on a new embassy facility or take other such steps," said Scott R. Anderson, a David M. Rubenstein fellow in governance studies at the Brookings Institution.

"The plain language of the statute only requires that the secretary of state determine and report to Congress that the U.S. Embassy in Jerusalem has officially opened," he said.

Other former Middle East diplomats said the decision to delay the embassy move was far less important than the symbolic weight of Mr. Trump's statement on Jerusalem.

"This was trying to be too clever by half," said Daniel C. Kurtzer, a Princeton professor and former American ambassador to Israel and Egypt. "If they think that anybody is going to be fooled into thinking this makes their diplomacy credible, they're kidding themselves."

Likewise, some longtime Middle East observers said Mr. Erekat's talk of a one-state solution reflected anger rather than a watershed change in the Palestinian position. Given Israel's probable rejection of equal rights, American and Israeli supporters of a two-state solution said that option, for all intents and purposes, remained the only game in town.

"I don't want to minimize the hurt the Palestinians feel," said David Makovsky, a senior fellow at the Washington Institute for Near East Policy. "But there was a duality to Trump's message that has gotten lost."

Mr. Trump, he said, was not closing the door to negotiations on borders and sovereignty. "Both parts should be heard," he said. While he questioned the timing of the move, he said the Palestinians could return to the table when tempers cool.

"Right now their anger is such that they probably can't hear this," Mr. Makovsky said. "But if he presents a plan in the first quarter, are you not going to want to hear what it is? The Palestinians still think Trump's enough of a bulldozer that if he gave something to the Israelis on a Wednesday, he's capable of giving something to the Palestinians on a Thursday."

In his interview, Mr. Erekat lumped in Mr. Trump's move on Jerusalem with the administration's threat to close the P.L.O.'s mission in Washington and other threats to cut funding to the Palestinians.

"These people," he said of Mr. Trump and his Middle East team, "are more Israeli than Israel."

Mr. Erekat said he planned to push within the Palestinian National Council, the P.L.O.'s parliament, for a shift in strategy. The president of the Palestinian Authority, Mahmoud Abbas, hinted at such a move in his speech to the United Nations General Assembly in September.

But even if Mr. Erekat were able to persuade Mr. Abbas to give up the two-state dream, it would be a wrenching change for a generation of Palestinian leaders who made the difficult journey to coming to terms with their diminished territory after the Arab-Israeli War of 1967.

"It's hard to see how you can go down that route without at some stage divesting yourself of a semblance of a self-governing authority," said Daniel Levy, the London-based president of the U.S./Middle East Project. "You've got to call time on the Palestinian Authority, which never became a state."

Instead, Mr. Levy said he believed that the peace process, and the Palestinians, were in a "transitional period," in which the two-state solution had failed for now. But he added, "what people have done can be undone."

*Mark Landler reported from Washington, and David M. Halbfinger and Isabel Kershner from Jerusalem.*